

«Es gibt eine Kluft im Land»

von D. Pomper - Der Bundesrat und der Wirtschaftsverband Economiesuisse hätten die Bevölkerung nicht ernst genommen und am Volk vorbeipolitisiert, sagt Politologe Louis Perron.



Politologe Louis Perron: «Das Abstimmungsresultat ist eine Riesenklatsche und eine verheerende Niederlage für den Bundesrat und Economiesuisse.»

Herr Perron, die Schweiz hat Ja gesagt zur Zuwanderungs-Initiative. Warum?

Die Situation im Land hat sich verändert. Die Menschen evaluieren die Folgen der Zuwanderung für sich zunehmend negativ: höhere Mieten, Konkurrenz am Arbeitsmarkt, Zersiedelung, Dichtestress. Davon fühlten sich nicht nur SVP-Wähler betroffen. So gab es eine Koalition Unzufriedener aus verschiedenen Lagern und aus verschiedenen Gründen.

Noch im Jahr 2009 hatten sich knapp 60 Prozent der Stimmbürger für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ausgesprochen. Was ist in der Zwischenzeit passiert?

Die Schweiz ist sich am Wandeln. Das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung ist volatiler und unvorhersehbarer geworden. Früher gaben CVP, FDP und die Wirtschaftsverbände den Ton an und das Schweizer Volk folgte ihnen. Jetzt gibt es

neue Parteien, die ganze Mitte ist zwar stärker, aber auch mehr aufgesplittert. Die SVP – und je nach Thema auch die Linke – kann bei gewissen Abstimmungen alleine Mehrheiten mobilisieren. Die traditionellen Wirtschaftsverbände haben stark an Macht eingebüsst.

Weder der Bundesrat noch Economiesuisse konnten die Bevölkerung von einem Nein überzeugen. Sind sie nicht mehr glaubwürdig?

Es gibt eine grosse Kluft zwischen der Führungsriege im Land und der Mehrheit der Bevölkerung. Das Gerede von den «diffusen Ängsten», welche man «ernst nehmen müsse», ist doch eigentlich belehrend. Die Mehrheit der Bevölkerung hat nicht Ängste, sondern in dieser Frage einfach eine andere Meinung als der Bundesrat. Das Vertrauen gegenüber der Regierung und der Wirtschaftsverbände ist dementsprechend gesunken. Die jüngsten Schlagzeilen um die Offshore-Geschäfte von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Amman während der letzten Tage haben das Vertrauen sicher auch nicht gestärkt.

Und Economiesuisse?

Economiesuisse erleidet trotz riesigen finanziellen Investitionen die zweite grosse Niederlage nach der Abzockerinitiative. In diesem Moment muss man ganz grundsätzlich über die Bücher gehen. Eine Initiative ist immer so stark wie das schwächste Glied in der Argumentationskette. Economiesuisse hat es insofern nicht geschafft, dem Stimmbürger aufzuzeigen, welches der Preis für ein Ja ist.

Es wurde also am Volk vorbeipolitisiert?

Ja. Will man einen Abstimmungskampf gewinnen, muss man die Bevölkerung zuerst verstehen, bevor man sie überzeugen will. Die Regierung und die Wirtschaftsverbände haben versucht zu überzeugen, bevor sie die Anliegen der Leute in aller Konsequenz zur Kenntnis genommen haben. Das Abstimmungsergebnis ist eine Riesenklatsche und eine Niederlage für die Politik des Bundesrats und für Economiesuisse. Beide haben die Initiative wohl unterschätzt und sich lange darauf verlassen, dass die Bevölkerung wie in den letzten Jahren zugunsten des bilateralen Weges stimmt. Man ging davon aus, dass der richtige Kampf erst bei der Kroatienfrage beginnt. Fairerweise muss man aber auch sagen, dass es ein äusserst knappes Resultat ist.

Schauen wir nach vorn: Wie soll der Bundesrat die Initiative umsetzen?

Weil die Initiative sehr schwammig formuliert ist, hat der Bundesrat einen grossen Umsetzungsspielraum. Es wäre denkbar, dass der Bundesrat die Initiative aufgeweicht umsetzt, so dass sich gar nicht gross etwas ändern würde. Wir hätten dann eine Art Personenfreizügigkeit light.

Dann dürfte aber eine erneute Durchsetzungsinitiative nicht lange auf sich warten lassen.

Grundsätzlich ist es falsch, wenn der Volkswille bis zur Erkennungslosigkeit aufgeweicht wird. Das ist nicht gut für die Demokratie. Hier aber haben wir eine andere Ausgangslage. Die Initiative ist schwammig und hat einen grossen Handlungsspielraum. Und es ist auch nicht im Sinne der SVP, dass die Schweizer Wirtschaft Schaden davonträgt.

Der bilaterale Weg ist also noch nicht tot?

Wir haben heute nicht über die bilateralen Verträge abgestimmt, aber etwas in die

Verfassung geschrieben, was den bilateralen Verträgen diametral widerspricht. Der bilaterale Weg, so wie wir ihn bis anhin kannten, scheint am Ende zu sein.

Aus der EU wird bereits Kritik laut. Spiegel.de titelt: «Schweizer stimmen für Abschottung». Sind unsere Beziehungen mit der EU nicht am Ende?

Es ist klar, dass die politische Führungsriege in anderen Ländern den Entscheid bedauert. Aber es ist nicht zu verneinen, dass die Kluft zwischen politischer Elite und Bevölkerung auch in der EU immer grösser wird. Das Projekt EU hat an Glanz verloren, auch wenn es viele Erfolge hervorgebracht hat.